Dez 1 12.11.2026

Rede des Oberbürgermeisters Alexander Kalouti
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2027
sowie des Memorandums 2030

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

die Situation ist dramatisch! Denn der Haushalt zeigt: Dortmund steht vor einem finanziellen Problem, das wir in dieser Dimension bislang nicht gekannt haben. Wir müssen uns einer unbequemen Realität stellen und Entscheidungen treffen, die nicht jedem gefallen werden. Deshalb sage ich gleich zu Beginn:

Wir können nicht dauerhaft mehr versprechen, als wir finanzieren können. Wir können nicht immer neue Projekte beschließen und hoffen, dass sich die Finanzierung schon irgendwie findet. Das wäre keine verantwortungsvolle Politik.

Es geht um mehr als Zahlen. Es geht darum, ob Dortmund auch künftig selbst entscheiden kann, welche Schwerpunkte diese Stadt setzt. Es geht um unsere finanzielle Selbstständigkeit und um die Zukunft kommunaler Selbstverwaltung.

Schauen wir auf die Ausgangslage.

2025 haben wir mit einem Defizit von rund 353 Millionen Euro abgeschlossen. Für 2026 mussten wir die Planung erheblich korrigieren: Statt rund 55 Millionen Euro rechnen wir inzwischen mit etwa 206 Millionen Euro Fehlbetrag. Eine Verschlechterung um rund 150 Millionen Euro. Die Gewerbesteuer bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gleichzeitig steigen Personal- und Sachaufwendungen. Inflation, Tarifsteigerungen und weitere Belastungen treiben die Ausgaben. Mit den vorangegangenen Haushaltssperren haben wir versucht, gegenzusteuern und bereits erkennbare Verbesserungen von rund 56 Millionen Euro zu sichern.

Eine Haushaltssperre ist ein Warnsignal: Unsere Ausgaben können nicht einfach weiterlaufen wie bisher. Der Haushaltsentwurf für 2027 zeigt, dass die Lage noch ernster ist.

Die Schwellenwerte, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts führen können, werden nach der vorliegenden Planung deutlich überschritten. Die Haushaltssicherung ist damit ein realistisches Szenario. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir sie möglicherweise

nicht aus eigener Kraft verhindern können. Dann werden unsere Handlungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Die Bezirksregierung erhält maßgeblichen Einfluss auf unseren Haushalt. Und wir hier im Rat werden nicht mehr allein über die finanziellen Schwerpunkte entscheiden dürfen.

Ein Teil der Ursachen liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Konjunktur ist schwach, Unternehmen stehen aus vielfältigen Gründen unter enormen Druck. Das trifft mit der Gewerbesteuer eine unserer wichtigsten Einnahmequellen. Zugleich steigen die Ausgaben rasant schneller als die Einnahmen.

Wir müssen deshalb über die Rahmenbedingungen sprechen, die Bund und Land setzen. Seit Jahren werden den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne dass ihre Finanzierung dauerhaft gesichert wird.

Es muss endlich gelten: Wer Aufgaben bestellt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen. Das Konnexitätsprinzip darf nicht nur auf dem Papier stehen. Es muss konsequent eingehalten werden.

Die Altschuldenübernahme durch das Land Nordrhein-Westfalen und die Anhebung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz sind erste wichtige und richtige Schritte. Sie reichen aber bei Weitem nicht aus, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu beheben.

Ich möchte die guten Gesprächskanäle zu Bund und Land nutzen und im konstruktiven Austausch mit Nachdruck dafür werben, dass die Kommunen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung erhalten. Wir dürfen aber nicht darauf warten, dass andere unsere Probleme lösen. Wir müssen unseren eigenen Beitrag leisten.

Die Ausschüttung von insgesamt 500 Millionen Euro aus dem Konzern DSW21 hat den Doppelhaushalt 2025/2026 über das Schütt-aus-und-hol-zurück-Verfahren stabilisiert. Das hat Zeit verschafft, aber das Problem nicht gelöst. Auch die Ausgleichsrücklage wird mit dem Jahr 2026 aufgezehrt sein. Unsere Reserven sind aufgebraucht. Die fetten Jahre sind vorbei.

Was wir uns in Zeiten besserer finanzieller Möglichkeiten leisten konnten, müssen wir heute kritisch hinterfragen. Das gilt für lieb gewonnene Gewohnheiten ebenso wie für Leistungen und Angebote, die über die Jahre selbstverständlich geworden sind. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass alles, was einmal möglich war, auch dauerhaft finanzierbar bleibt. Es braucht Ausgabendisziplin, klare Prioritäten und die Bereitschaft, auch Dinge zu verändern, die wir bisher gerne beibehalten haben.

Mit dem Konsolidierungsprogramm „Memorandum 2030“ haben wir diesen Prozess eingeleitet. Es bleibt notwendig und richtig, unabhängig davon, ob wir die Haushaltssicherung verhindern können oder nicht. Auch dann müssen wir Strukturen verbessern, Prioritäten neu setzen und Ausgaben überprüfen. Unser Ziel bleibt, so viel finanzielle Handlungsfähigkeit wie möglich zu bewahren.

Der notwendige Konsolidierungsbeitrag liegt bei mehreren hundert Millionen Euro. Es geht um eine grundlegende Überprüfung unserer Ausgaben. Alles kommt auf den Prüfstand. Und es darf dabei keine Erbhöfe geben.

Die Unterscheidung zwischen freiwilligen und pflichtigen Aufgaben greift zu kurz. Auch bei Pflichtaufgaben gibt es Spielräume. Und manche freiwillige Leistung ist aber für unsere Stadtgesellschaft wichtig.

Gerade weil ein großer Teil des Haushalts gebunden ist, müssen wir auch kleinere Einsparpotenziale ernst nehmen. In der Summe kommt einiges zusammen. Oder um es weniger haushälterisch korrekt zu beschreiben: „Kleinvieh macht auch Mist!“.

Es geht nicht darum, mit dem Rasenmäher Leistungen und Angebote zu kürzen. Wir müssen aber fragen: Welche Angebote helfen den Menschen tatsächlich? Wo erzielen wir mit dem eingesetzten Geld die größte Wirkung? Und wo stehen Aufwand und Nutzen nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis?

Erlaubt sein muss auch die Frage: „Muss es immer der Goldstandard sein?“ Natürlich wollen wir gute Leistungen. Aber nicht jede Aufgabe muss in der teuersten Form erfüllt werden. Eine gute, verlässliche und finanzierbare Lösung ist manchmal besser als eine perfekte, die wir uns dauerhaft nicht leisten können.

Auch Veranstaltungen müssen wir auf wirtschaftlichere Organisationsformen und Kooperationen überprüfen können. Das bedeutet nicht, dass wir sie grundsätzlich infrage stellen.

Ein aktuelles Beispiel ist die öffentliche Diskussion um die Museumsnacht. Hier wurde zunächst das Vergabeverfahren für die Veranstaltung gestoppt. Das war keine Entscheidung, die Museumsnacht als solche infrage zu stellen oder sie abzuschaffen. Trotzdem entstand in der öffentlichen Wahrnehmung schnell ein anderer Eindruck. Ich will damit nicht die Bedeutung der Museumsnacht kleinreden. Im Gegenteil. Solche Veranstaltungen gehören zu einem lebendigen kulturellen Angebot unserer Stadt. Aber das Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, genau hinzuschauen und genau zuzuhören, bevor wir urteilen.

Wir müssen bereit sein, über Alternativen zu sprechen. Vielleicht lässt sich eine Veranstaltung anders organisieren. Vielleicht können wir mit Partnern zusammenarbeiten. Vielleicht erreichen wir mit einem anderen Format ein vergleichbares Ergebnis zu geringeren Kosten. Das muss möglich sein, ohne dass sofort der Untergang der Kulturwelt ausgerufen wird.

Bei aller Konsolidierung darf uns eines nicht passieren: Wir dürfen unsere Zukunft nicht kaputtsparen.

Dortmund muss weiter investieren können. Wir brauchen gute Schulen und Kitas, eine funktionierende Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, Flächen für Unternehmen, eine leistungsfähige Verwaltung sowie Sicherheit und Ordnung in unseren Stadtteilen.

Entscheidend ist, was wir mit Investitionen erreichen: zusätzliche Schulplätze, schnellere Verwaltungsprozesse, neue Investitionen und Arbeitsplätze.

Wir müssen stärker auf Ergebnisse und Wirkung achten – auf den Return on Investment für unsere Stadtgesellschaft.

Auch Entgelte müssen wir prüfen. Dabei brauchen wir Augenmaß und eine faire Balance, denn zusätzliche Belastungen treffen Menschen und Unternehmen, die selbst unter steigenden Kosten leiden.

Meine Damen und Herren,

die Sanierung dieses Haushalts gelingt weder allein in der Verwaltung noch allein durch politische Beschlüsse. Ich wünsche mir, dass die Verwaltung weiter Strukturen und Prozesse überprüft und Einsparvorschläge entwickelt. Und ich wünsche mir, dass der Rat diese Vorschläge vorbehaltslos prüft und bereit ist, auch negative Entscheidungen zu treffen – auch bei Projekten, die einzelnen Fraktionen besonders wichtig sind.

Es wird nicht darum gehen, wer seine Wünsche am besten durchsetzt. Es wird darum gehen, wer Verantwortung für das Ganze übernimmt.

Auch der Stadtgesellschaft müssen wir erklären, dass nicht alles im bisherigen gewohnten Umfang fortgeführt und angeboten werden kann. Es geht darum, wichtige Leistungen zu sichern und kommenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten zu lassen.

Wie gesagt braucht Dortmund eine faire Aufgabenverteilung und eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land.

Gleichzeitig müssen wir selbst alles daransetzen, unsere finanziellen Spielräume zurückzugewinnen.

Dabei dürfen wir nicht ausschließen, dass wir trotz all unserer Anstrengungen am Ende in die Haushaltssicherung rutschen. Aber Pessimismus und Angst bringen uns nicht weiter. Dortmund hat schwierige Zeiten und den Strukturwandel bewältigt und dabei seine Traditionen und Werte nie vergessen. Wir haben starke Unternehmen, engagierte Menschen und eine lebendige Stadtgesellschaft. Darauf können wir aufbauen.

Es wird harte Arbeit und Entscheidungen geben, die nicht jedem gefallen. Nicht einmal uns selbst.

Aber wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen, Prioritäten setzen und uns auf das Wesentliche konzentrieren, können wir die Zukunft unserer Stadt gestalten.

Denn es gilt: Erst erwirtschaften, dann verteilen.

Nur auf einer soliden finanziellen Grundlage können wir dauerhaft soziale Verantwortung übernehmen und in Bildung, Sicherheit, Wirtschaft, Wohnen, Infrastruktur und Kultur investieren.

Ich lade Sie ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Nicht mit dem Blick zurück auf das, was wir uns früher leisten konnten, sondern mit dem Blick nach vorn auf das, was wir uns auch morgen noch leisten wollen und können.

Ein Nein zu einer einzelnen Maßnahme kann ein Ja zur Handlungsfähigkeit unserer Stadt sein.

Vielen Dank.